Zukunft

„Wachsende Ungerechtigkeit“

Der Franzose **Felix Marquardt,** 40, Mitgründer des Thinktanks Youthonomics, über die Chancen junger Menschen

SPIEGEL: Sie haben einen Index entwickelt, der Länder danach bewertet, welche Chancen sie jungen Leuten zwischen 15 und 29 Jahren bieten. Was genau haben Sie untersucht?
Marquardt: Wir haben 59 Indikatoren ausgewertet, die zeigen, welche Bedingungen junge Menschen in ihren Ländern vorfinden: Wie hoch ist die Jugendarbeitslosigkeit? Wie sind sie politisch vertreten? Wie sind die Ausbildungsmöglichkeiten, wie ist der Zugang zum Arbeitsmarkt? Alles objektive Kriterien. Wir nehmen nur Daten von internationalen Organisationen und haben die Konstruktion des Index von Spezialisten der OECD, des IWF und der Weltbank prüfen lassen.
SPIEGEL: Was ist das Ergebnis?
Marquardt: Der Jugend geht es fast nirgendwo gut. Überall auf der Welt gibt es die Tendenz, ihre Probleme, ihre Interessen und Meinungen nicht ernst zu nehmen. Insgesamt schneiden die Industrieländer zwar ganz gut ab, aber auch hier gibt es Handlungsbedarf. Bei der Zukunftsfähigkeit liegt Deutschland bei den 64 untersuchten Ländern nur auf dem 37. Platz – vor allem wegen der Rentenverpflichtungen, der niedrigen Wachstumserwartungen und der geringen Investitionen.
SPIEGEL: Was sollen denn Jugendliche aus einem Land tun, das in Ihrer Rangliste unten steht?
Marquardt: Erst mal sollen sie erkennen, dass es Länder gibt, die sich mehr um die Jugend und damit um ihre Zukunft kümmern als ihr Heimatland. Dann könnten sie ihre Heimat verlassen, um anderswo zu studieren und zu arbeiten. Das setzt die Regierung unter Druck.
SPIEGEL: Aber nicht jeder kann in das Land seiner Wahl gehen und dort leben …
Marquardt: Zunächst hoffen wir, dass Länder, die in dem Ranking schlecht abschneiden, ihre Politik ändern und die Bedingungen für ihre junge Generation verbessern. Für die Zukunft schlagen wir ein globales Zweijahresvisum für junge Menschen vor. Wir lassen die Voraussetzungen gerade von Juristen prüfen. Wenn es so ein Visum gäbe, müssten alle Länder weltweit in einen Wettbewerb um die besten jungen Menschen aus der ganzen Welt treten. nck



Marquardt

Mehr zum Youthonomics Global Index finden Sie auf SPIEGEL ONLINE.

Steuern

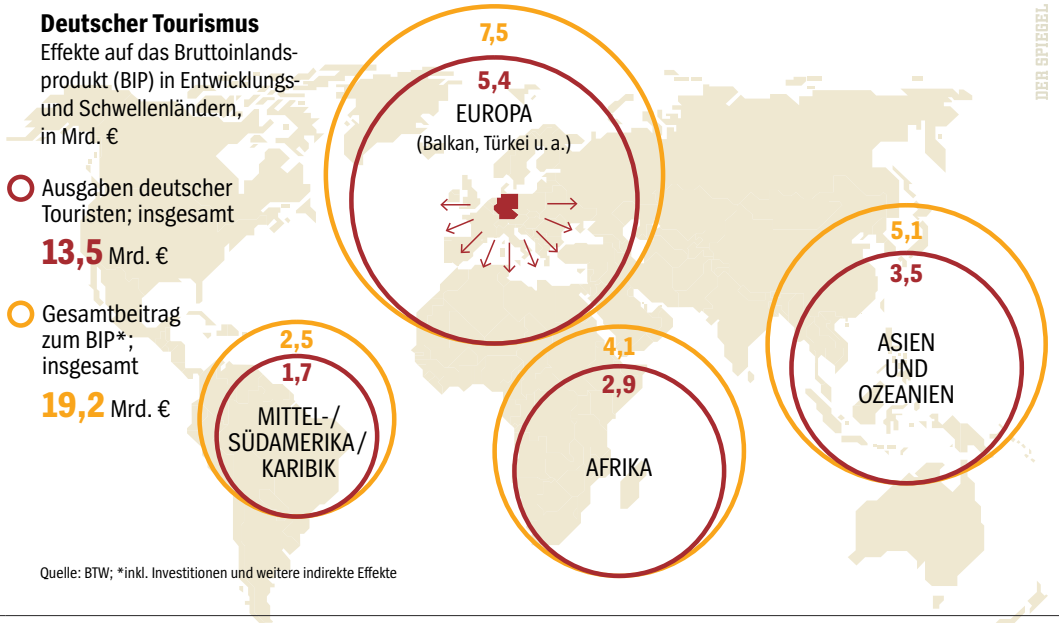
Firmen fürchten Begehrlichkeiten

Führende deutsche Unternehmen wehren sich dagegen, künftig mehr steuerlich relevante Firmendaten veröffentlichen zu müssen. Besonders kritisieren sie die länderbezogenen Offenlegungspflichten, wie sie die Finanzminister der G-20-Staaten am vergangenen Donnerstag in Lima im Rahmen der Beps-Initiative beschlossen haben. Danach sollen Unternehmen detailliert Auskunft darüber geben, wo sie produzieren, verkaufen und Steuern zahlen. „Einem Bestreben, multinationale Unternehmen zu noch weiter gehenden Veröffentlichungen zu verpflichten, stehen wir zurückhaltend gegenüber“, schreiben die Leiter von Steuer- und Rechtsabteilung der Volkswagen AG im Rahmen einer Umfrage an die Bundestagsabgeordneten der Grünen, Kerstin Andreae und Thomas Gambke. Volkswagen verkaufe in Deutschland rund zwölf Prozent seiner Autos, zahle hier aber deutlich über 50 Prozent seiner Ertragsteuern. Bei erhöhter Transparenz bestehe die Gefahr, dass Länder, in denen Volkswagen im Verhältnis mehr Autos verkauft, höhere Steuerzahlungen beanspruchen, heißt es in der Antwort. Ähnlich sieht das der Energieversorger E.on. Erträge und Steuerzahlungen auf der Basis von Konzerndaten abzugrenzen könnte zu „Fehlschlüssen“ verleiten und „Begehrlichkeiten ausländischer Staaten wecken“. Das schade deutschen Haushaltsinteressen. rei

Deutscher Tourismus
Effekte auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Entwicklungs- und Schwellenländern, in Mrd. €

Ausgaben deutscher Touristen; insgesamt **13,5** Mrd. €

Gesamtbeitrag zum BIP*; insgesamt **19,2** Mrd. €



Quelle: BTW; *inkl. Investitionen und weitere indirekte Effekte

FOTO: MAGALI DELPORTE / INTERTOPICS

DER SPIEGEL

Tourismus

Reisen hilft

Deutsche Touristen leisten einen großen Beitrag zur Wirtschaftsleistung in Entwicklungs- und Schwellenländern, so eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft im Auftrag des Bundesverbands der Deutschen Tourismuswirtschaft. Elf Millionen Reisende sorgten für einen Beschäftigungseffekt von 1,8 Millionen Arbeitsplätzen in Ländern wie der Türkei oder Vietnam. Verbandschef Michael Frenzel appelliert an die Regierung, das Potenzial des Tourismus für die Entwicklungszusammenarbeit besser zu nutzen. gt